

Interview von Bruno Kreisky und Stephan Verosta über den Abschluß des Staatsvertrages (Wien, 1980)

Quelle: Das Beispiel Österreich - 25 Jahre Staatsvertrag. Wien: Bundeskanzleramt-Bundespressdienst, 1980. 40 S. p. 19-24.

Urheberrecht: © Federal Chancellery 2004, unit I/4/b

URL:

http://www.cvce.eu/obj/interview_von_bruno_kreisky_und_stephan_verosta_uber_den_abschlu%C3%9F_des_staatsvertages_wien_1980-de-2b597db7-f490-476f-9a81-848a3c9d55cf.html

Publication date: 02/07/2015

Bruno Kreisky erinnert sich

Interview des Bundespressedienstes mit Bundeskanzler Bruno Kreisky und Univ.-Prof. Botschafter a. D. Stephan Verosta über die Verhandlungen, die eine österreichische Delegation 1955 in Moskau führte und deren Ergebnis der Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich war.

Bundespressediens: Herr Bundeskanzler, Sie waren 1955 als Staatssekretär im Außenministerium das bei weitem jüngste Mitglied der österreichischen Regierungsdelegation für Moskau. Sie sind daher auch das einzige noch lebende Mitglied dieser Delegation, also geradezu ein Glücksfall für den Zeitgeschichtler oder Journalisten. Auch der heutige Univ.-Prof. Verosta war als damaliger Leiter der Völkerrechtsabteilung im Außenministerium und als Rechtsberater der Regierung dabei.

Wie war das damals? Waren die Mitglieder der Delegation, also Raab, Schärf, Figl und Sie, Herr Bundeskanzler, überzeugt, daß sie in Moskau den Staatsvertrag bekommen würden?

Bundeskanzler Kreisky: Nein, keineswegs. Dem Abflug und der Zusammenstellung der Delegation war eine Reihe von Diskussionen vorausgegangen, in denen man sich nicht einig war, ob man eine große oder eine kleine Delegation nach Moskau schicken sollte. Man war sich ja nicht klar darüber, was die Sowjetunion von uns wollte. Vizekanzler Schärf erzählte mir, daß einige Regierungsmitglieder der Auffassung seien, es möge nur eine kleine Delegation, etwa Raab und Kreisky, fahren. Ich habe dem Vizekanzler damals gesagt: „Entweder wollen die Russen uns etwas sehr Unangenehmes sagen, dann ist es sinnvoll, wenn eine sehr starke Delegation nach Moskau fährt, um gegebenenfalls auch nein sagen zu können. Es ist notwendig, einer ‚Hacha-Situation‘ begegnen zu können.“⁽¹⁾ Oder es gibt einen positiven Zweck dieser Einladung. Auch in diesem Falle müßte die Delegation so stark sein, daß sie sofort ja sagen kann.“

Schließlich hat die Bundesregierung dann beschlossen, Bundeskanzler Raab, Vizekanzler Schärf, Außenminister Figl und mich nach Moskau zu entsenden. Der Delegation gehörten ferner der damalige politische Direktor im Außenministerium, Botschafter Schöner, und der Leiter der Völkerrechtsabteilung im Außenministerium, Gesandter Verosta, sowie der damalige Sekretär des Bundeskanzlers Raab, der heutige Botschafter und Abgeordnete zum Nationalrat, Steiner, an.

Wir wußten also gar nichts. In Parenthese sei angemerkt, was mir ein ehemaliger kommunistischer Redakteur erzählt hat: In der Redaktion der „Volksstimme“ habe großer Jubel geherrscht, weil man annahm, daß man uns nach Moskau gerufen hatte, um dort die Einbeziehung der Kommunisten in die österreichische Bundesregierung zu verlangen, widrigenfalls an der Zonengrenze — also an der Enns — der Eiserne Vorhang niedergehen würde. Noch einmal: Wir flogen nach Moskau, ohne daß wir genau wußten, was uns dort erwartete.

Bundespressediens: Wie war der Empfang in Moskau? Konnte man schon daraus vielleicht gewisse Schlüsse ziehen?

Bundeskanzler Kreisky: Wir flogen von Vöslau aus in zwei Flugzeugen nach Moskau. Als wir in Moskau ankamen, geschah etwas ganz und gar Unerwartetes: Wir wurden nämlich von den höchsten Spitzenfunktionären der Sowjetunion begrüßt, die wir nur aus den Zeitungen kannten. Die Musik des Moskauer Gardebataillons, das zu unserem Empfang ausgerückt war, spielte auswendig die österreichische Bundeshymne. Es war ein Empfang wie bei einem Staatsbesuch. Ich bemerkte zu Vizekanzler Schärf: „Wenn man uns schon mit so viel Sang und Klang empfängt, dann kann man uns nicht sang- und klanglos wieder nach Hause schicken.“ Aus der offiziellen und groß aufgezogenen Begrüßung in Moskau war also zu schließen, daß uns irgendwelche besondere Vorschläge, vielleicht sehr wichtige Vorschläge der Sowjetunion erwarteten, die wahrscheinlich freundlicher Natur sein würden.

Bundespressediens: Wie entwickelten sich dann die Gespräche? Zeichnete sich von Haus aus eine Bereitschaft der Sowjetunion ab, den Österreichern entgegenzukommen?

Bundeskanzler Kreisky: Soweit war es vorläufig noch nicht. Zunächst wartete der österreichische Botschafter in Moskau, Bischoff, mit einer weiteren Überraschung auf. Er sagte uns nämlich, daß er nicht aus und ein wisse, weil er in der Botschaft zu wenig Platz für den kommenden Empfang habe. Er habe, wie üblich, sämtliche maßgebenden Persönlichkeiten der Sowjethierarchie eingeladen, aber natürlich nicht damit gerechnet, daß alle kommen würden. Nun hätten aber alle Persönlichkeiten, an die Einladungen ergangen seien, ihr Erscheinen zugesagt und er könne sich nicht vorstellen, wo er alle diese Leute unterbringen werde. Da wurde uns neuerlich bewußt, daß ein größeres Ereignis bevorstehen müsse.

Die Schwierigkeiten mit der Unterbringung wurden schließlich doch gelöst, es gab halt ein kleines Gedränge. Während des Empfanges wurden, wie es in der Sowjetunion Brauch ist, viele Toasts ausgebracht, in denen von herzlicher Freundschaft für Österreich die Rede war. Aber die größte Überraschung sollte erst noch kommen. Zum Schluß nämlich erhob sich der damalige sowjetische Ministerpräsident Marschall Bulganin und teilte uns mit, daß die Sowjetunion uns eingeladen habe, um die Voraussetzungen für den Abschluß des österreichischen Staatsvertrages zu schaffen und die Bedingungen mit uns zu besprechen. In diesem Augenblick wußten wir alles.

Es muß angemerkt werden, daß mit Ausnahme Chruschtschows, der bei einer Bauernkonferenz außerhalb Moskaus war, alle Spitzenfunktionäre der Sowjetunion an dem Empfang teilnahmen, also Bulganin, Mikojan, Molotow, Kaganowitsch und Malenkow. Der Empfang endete schließlich in sehr gelöster und entspannter Atmosphäre. Kein Wunder! Nach zehn Jahren vergeblicher Verhandlungen um den Staatsvertrag sahen wir endlich Land!

Bundespressediens: Wer waren Ihre unmittelbaren Verhandlungspartner? Wie waren die Rollen unter ihnen verteilt?

Bundeskanzler Kreisky: Unmittelbare Verhandlungspartner waren Molotow für die politischen und Mikojan für die wirtschaftlichen Fragen. Man hatte den Eindruck, daß zwischen ihnen eine perfekte Arbeitsteilung herrschte. Außerdem nahmen an den Verhandlungen auf sowjetischer Seite noch die Vizeminister Gumykin und Semjonow sowie Gesandter Tunkin in führenden Funktionen teil. Verhandelt wurde bereits am nächsten Vormittag, und zwar verhältnismäßig hart. Die österreichische Delegation äußerte ihre Wünsche zu den noch offenen Fragen des Staatsvertrages in durchaus unmißverständlicher Form. Am Nachmittag verhandelten nur Außenminister Figl, ich und die Beamten mit der russischen Delegation, während Bundeskanzler Raab und Vizekanzler Schärf ein Besichtigungsprogramm absolvierten. Bei den Verhandlungen wurde jede Äußerung einer Delegation ins Russische oder Deutsche übersetzt, so daß stets genügend Zeit für Überlegungen und Beratungen blieb.

Bundespressediens: Das schwierigste Problem war die Frage des sogenannten Deutschen Eigentums. Hier gab es ja schon eine Einigung unter den Alliierten, die aber für Österreich recht ungünstig war. Die Sowjetunion sollte z. B. für dreißig Jahre Konzessionen auf Erdölfelder erhalten, die 60% der Erdölförderung von 1947 entsprachen, ferner Gebäude und Ausrüstungsmaterial sowie 60% der Vermögenswerte der DDSG. Wie ist es Ihnen gelungen, von der bereits erfolgten Einigung wegzukommen und zu einer für Österreich weitaus günstigeren Lösung zu gelangen?

Bundeskanzler Kreisky: Zunächst wurde sehr bald eine Einigung darüber erzielt, daß Österreich die Ablösesumme von 150 Millionen Dollar durch Warenlieferungen bezahlen könne. Wir wären ja gar nicht imstande gewesen, die Ablösesumme in Dollar aufzubringen, da wir nicht über die entsprechenden Devisen verfügten. Die Schwierigkeit lag beim Erdöl, aber auch da kam es verhältnismäßig rasch zu einer Einigung. Ich hatte schon Monate vorher in Genf mit Gumykin, der jetzt Mitglied der sowjetischen Delegation war, über das Thema der Ablöselieferungen für das Erdöl gesprochen und ihm die österreichischen Wünsche dazu mitgeteilt, sodaß die sowjetischen Unterhändler in Moskau bereits wußten, was wir uns vorstellten. In Moskau argumentierten wir dann auch mit dem Hinweis, daß die Sowjetunion überall gegen den sogenannten Ölimperialismus der großen Mächte kämpfe und nun im Gegensatz zu dieser Haltung uns eine Belastung auferlegen wolle, die diesem Imperialismus sehr nahe komme.

Bundespressediens: Wie kam die Neutralität Österreichs ins Spiel? Noch auf der Berliner Konferenz, also

knapp ein Jahr vorher, hatte die österreichische Erklärung, man werde keine Stützpunkte auf österreichischem Gebiet zulassen und keine militärischen Bündnisse eingehen, den Ausdruck „Neutralität“ peinlich vermieden. Es ist bekannt, daß auch die Westmächte nicht allzu viel von einer Neutralität Österreichs hielten.

Bundeskanzler Kreisky: Auf diese Frage sollte besser Herr Prof. Verosta antworten.

Univ.-Prof. Verosta: Von österreichischer Seite war schon 1946/47 die Neutralität Österreichs, u. a. durch Äußerungen des Bundespräsidenten Renner, ins Gespräch gebracht worden. Diese Stimmen verstummten dann 1947 unter dem Eindruck des Kalten Krieges. Unsere Formel lautete etwa: Dauernde Neutralität kann man nur begründen, wenn der Staat, der sie erklärt, sie selbst will, wenn die Nachbarstaaten einverstanden sind und wenn die Großmächte ein Minimum an Vertrauen untereinander haben. Die Neutralität begründet ja nicht nur eine Verpflichtung des Staates, der die Neutralitätserklärung abgibt, sondern auch eine Bindung zwischen jenen Staaten, die sie anerkennen, nämlich die Verpflichtung, daß sie bei Spannungen und Konflikten den neutralen Staat von ihren Streitigkeiten ausnehmen. Der Schweiz ist das durch hundertfünfzig Jahre gelungen. Die Neutralität Belgiens wurde verletzt, aber durch diese Verletzung keineswegs beendet, sondern die Mächte, welche die Neutralität Belgiens garantiert hatten, sind wegen dieses Bruchs der Neutralität in den Krieg gegangen. Die internationale Bindung der Mächte untereinander und ihre Anerkennung der Neutralität Belgiens und der Schweiz finden auch in allen Pariser Vorortverträgen nach dem Ersten Weltkrieg ihren Niederschlag.

Vielleicht darf ich daran erinnern, daß seit 1950 an einer Geschichte der Ersten Republik gearbeitet wurde. Darin habe ich mich zur Frage der europäischen Funktion des österreichischen Staates geäußert. Der Artikel stammt aus den Jahren 1952/53, das Buch, das von Heinrich Benedikt herausgegeben wurde, erschien 1954. Ich schrieb von dem Selbstbewußtsein der Österreicher, die nun ihren Staat bejahen und eine solche europäische Friedensfunktion auszuüben bereit sind. Wir haben durch zehn Jahre großer Koalition⁽²⁾ den vier Großmächten einschließlich der Sowjetunion den sicheren Eindruck vermittelt, daß wir gewillt und in der Lage sind, eine solche friedenserhaltende europäische Funktion auszuüben, sodaß auch in Moskau die Meinung vorherrschte, die Österreicher seien doch ganz ordentliche Leute, auf die man sich verlassen könne.

Wir hatten inoffiziell gehört, daß es in der Sowjetführung über diese Frage Diskussionen gegeben hat und daß im besonderen Molotow gegen eine Neutralität Österreichs war. Schließlich aber war dann offenbar eine Entscheidung zugunsten einer Neutralität Österreichs gefallen. Molotow hielt sich strikt an diese Entscheidung und machte während der Verhandlungen nicht eine Minute den Eindruck, als ob er irgendwelche Bedenken hätte. Er war auch über alle Einzelheiten durchaus im Bilde und benötigte kaum jemals eine Auskunft von seinen Beratern.

Ich erinnere mich, daß er nur zweimal eine Frage an diese Berater richtete, und zwar, als wir wissen wollten, wie viele Kriegsgefangene österreichischer Staatsbürgerschaft es noch in der Sowjetunion gebe und wie viele Kriegsverbrecher noch in der Sowjetunion in Haft seien. In beiden Fragen erwies sich später die Antwort, die er von seinen Beratern bekam, als unrichtig. Die sowjetischen Experten begründeten das damit, daß die Meldungen aus den einzelnen Lagern ungenau wären.

Ich darf noch hinzufügen, daß Botschafter Schöner und ich selbst schon beim Abflug aus Vöslau wesentlich optimistischer hinsichtlich des Ausganges der Moskauer Gespräche waren als die Politiker — obwohl niemand genau wußte, welche Absichten die Russen tatsächlich hatten. Das geht auch aus einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Wien, Thompson, hervor, das ich mit ihm kurz vor dem Abflug der Delegation führte. Thompson fragte mich, warum der Regierungsdelegation denn auch ein Rechtsberater, nämlich ich, angehöre. Ich antwortete darauf, man könne ja nicht ausschließen, daß die Russen uns einen interessanten Vorschlag machen, zu dessen Beurteilung die Anwesenheit eines Völkerrechtlers notwendig sein könnte. Ganz sicher war ich aber nach dem Beginn der Verhandlungen, daß die Sowjetunion wirklich beabsichtigte, den Staatsvertrag abzuschließen.

Bundeskanzler Kreisky: Ich war zunächst dafür, den Ausdruck Neutralität zu vermeiden, weil ich

befürchtete, er könnte von der Sowjetunion je nach Bedarf verschieden ausgelegt werden. Ich wollte dafür den Ausdruck Paktfreiheit verwenden und dazu noch die Verpflichtung eingehen, daß Österreich militärische Basen fremder Staaten auf seinem Gebiet nicht zulassen werde. Das war Molotow aber zu wenig. Ich dagegen wollte für alle Fälle die Möglichkeit verschiedener Auslegungen des Begriffes Neutralität ausschließen. Zuletzt hatte Gesandter Verosta die Königs idee, daß man von einer Neutralität nach der Praxis der Schweiz reden sollte. Damit könne man alle Auslegungsschwierigkeiten beseitigen.

Der Vorschlag wurde von der russischen Delegation sofort akzeptiert. Ich bin überzeugt, daß wir damit auch den Schweizern einen großen Dienst erwiesen haben, wenngleich sie die Erwähnung ihres Landes gar nicht gern gesehen haben. Aber in Wirklichkeit wurde zum ersten Mal in einem amtlichen sowjetischen Dokument die Schweizer Neutralität bestätigt und anerkannt.

Univ.-Prof. Verosta: Die Sowjetunion hat in den Moskauer Gesprächen die Neutralität aufgewertet.

Bundespressediens t: In Österreich hat damals vor allem der Abzug der Besatzungstruppen interessiert. Die Bevölkerung wollte endlich nach mehr als zehn Jahren die fremden Soldaten aus dem Lande haben. Nachdem Molotow zunächst noch auf der Berliner Konferenz den Termin für den Abzug der Besatzungstruppen mit einem deutschen Friedensvertrag junktiniert hatte, deutete er zum ersten Mal in einer Rede vor dem obersten Sowjet im Februar 1955 an, daß eine andere Lösung möglich sei. Wie hat sich das dann bei den Gesprächen abgespielt? Ließen die Sowjets ein Entgegenkommen erkennen oder mußte die österreichische Delegation massiv auf eine Lösung dieser Frage dringen?

Bundeskanzler Kreisky: Die Frage, wie lange die Besatzungstruppen noch in Österreich bleiben sollten, bereitete große Schwierigkeiten. Nach zähen Verhandlungen, in denen die österreichische Verhandlungsdelegation auf einem raschen Abzug der Besatzungstruppen bestand, wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß die Besatzungstruppen neunzig Tage nach der Ratifikation des Staatsvertrages das Land verlassen haben sollten.

Im übrigen waren die Russen die ersten, die ihre Truppen aus Österreich abzogen. Der letzte fremde Soldat war ein britischer General, der Österreich am 25. Oktober verließ. Die Behandlung des Neutralitätsgesetzes im österreichischen Parlament erfolgte am 26. Oktober 1955.

Botschafter Schöner und Gesandter Verosta hatten eine zweite Königs idee gehabt. Sie vertraten den Standpunkt, daß die österreichische Neutralitätserklärung erst nach dem Abzug der Besatzungstruppen erfolgen könne, damit nicht der Eindruck entstehe, die österreichische Neutralität sei ein Bestandteil der Moskauer Verhandlungen gewesen, sozusagen eine Voraussetzung für die Einigung über den Staatsvertrag, d. h. also dem österreichischen Volk von außen her aufgezwungen. Ein solcher Eindruck dürfe nicht entstehen, weil dann der Begriff der österreichischen Neutralität entwertet würde.

Univ.-Prof. Verosta: Die Abneigung der Sowjetunion, ein besetztes Gebiet zu räumen, war sehr groß und ihr Mißtrauen gegen eine solche Lösung beträchtlich. Gromyko hatte schon vor Jahren anläßlich einer Generalversammlung der Vereinten Nationen gesagt: „Wir haben uns aus Triest zurückgezogen mit dem Ergebnis, daß das Gebiet zu einem anglo-amerikanischen Stützpunkt geworden ist. Ähnliches möchten wir in Österreich nicht erleben.“ Diese Äußerung Gromykos kennzeichnet die Bedenken, die innerhalb der sowjetischen Führung über einen Abzug der Besatzungstruppen bestanden.

Bundespressediens t: Bestand während der Dauer der Moskauer Gespräche eine Verbindung zu den westlichen Alliierten, die ja den Vereinbarungen mit der Sowjetunion zustimmen mußten?

Bundeskanzler Kreisky: Die westlichen Alliierten wurden durch Beamte ständig informiert, außerdem gaben auch die österreichischen Politiker bei den verschiedenen Empfängen, die während der Verhandlungen stattfanden, Informationen informell an die Westmächte weiter. Bei einem dieser Empfänge fragte mich Mikojan, warum ich denn so nachdenklich sei. Ich antwortete: „Weil ich mir überlege, was die Westmächte zu den Ergebnissen der Verhandlungen in Moskau sagen werden.“ Hiezu meinte Mikojan: „Da können Sie ganz beruhigt sein, denen bleibt nichts anderes übrig, als den Vereinbarungen zuzustimmen. Sie

haben Ihnen den Staatsvertrag so oft versprochen, daß ihnen jetzt nur die Zustimmung übrig bleibt."

Bundespressediens: Waren Sie nach Abschluß der Gespräche absolut sicher, daß Sie den Staatsvertrag praktisch in der Tasche hatten? Rechneten Sie noch mit länger dauernden Verhandlungen mit den übrigen Alliierten oder bereits mit einem Abschluß in wenigen Wochen?

Bundeskanzler Kreisky: Ja, wir waren absolut sicher, daß wir den Staatsvertrag in der Tasche hatten. Über die Dauer der Verhandlungen der Botschafter, die für Wien vereinbart wurden, waren wir uns nicht klar. Auf österreichischer Seite bestand die Überzeugung, daß wir das Beste erreicht hatten, was zu erreichen war. Dieser Meinung war man auch in Österreich. Wir flogen nach Wien zurück und berichteten unseren Parteigremien, wo alle Abmachungen, die wir in Moskau getroffen hatten, einmütig gebilligt wurden.

Univ.-Prof. Verosta: Die Russen haben bei der Botschafterkonferenz großes Entgegenkommen gezeigt. Schwierigkeiten gab es nur mit jener Formulierung der Präambel, in der von einer Mitverantwortung Österreichs für die Beteiligung am Zweiten Weltkrieg die Rede war.

Bundeskanzler Kreisky: Während bei den Österreichern die Meinung vorherrschte, man müßte noch während der Botschafterkonferenz eine Änderung der Formulierung erreichen, stand ich auf dem Standpunkt, man solle die Erörterung dieser Frage vorläufig beiseite lassen und direkt mit Molotow eine Vereinbarung darüber zu treffen versuchen. Das ist dann auch gelungen.

Univ.-Prof. Verosta: In der Tat war es Molotow, der sich für die an die Botschafterkonferenz anschließende Außenministerkonferenz einen Knalleffekt aufbewahrt hatte. Er sagte dort: „Unsere Botschafter haben gute Arbeit geleistet, es gibt keine offenen Punkte mehr. Wir könnten zur Unterfertigung des Vertrages schreiten. Hat noch jemand eine Anregung zu machen oder wünscht noch jemand das Wort?“ Da stand Außenminister Figl auf und verlangte die Streichung der strittigen Formulierung (Mitverantwortung Österreichs für die Beteiligung am Zweiten Weltkrieg). Alle Außenminister stimmten einmütig zu.

Im übrigen waren bei den Verhandlungen der Außenminister die Russen bei weitem die freundlichsten. Der amerikanische Außenminister Dulles verlangte z. B., daß jeder der Außenminister bei der feierlichen Zeremonie der Unterzeichnung des Staatsvertrages nur eine Redezeit von zwei Minuten erhalten sollte. Molotow sagte dazu, er verstehe die Worte des amerikanischen Außenministers so, daß die Außenminister nicht zu lange sprechen sollten. Aber der Tag sei für das Gastland Österreich, für die vier Mächte und für den Frieden in Europa von so großer Bedeutung, daß er sich gegen eine Begrenzung der Redezeit aussprechen müsse. Tatsächlich hat Molotow dann während der Zeremonie zwölf Minuten gesprochen, wogegen der amerikanische Außenminister sich an die Zwei-Minuten-Grenze hielt.

Bundespressediens: Heute kann man die Bedeutung des österreichischen Staatsvertrages leichter überblicken als 1955. Sie, Herr Bundeskanzler, haben z. B. in Ihrer letzten Regierungserklärung die weltpolitische Bedeutung des Staatsvertrages gewürdigt. War man sich damals in der österreichischen Delegation darüber klar, daß der Abschluß des Staatsvertrages sozusagen eine Art Signal für neue Möglichkeiten der Entspannung war?

Bundeskanzler Kreisky: Wir waren uns darüber klar, daß es sich nach Jahren um ein Dokument handelte, das alle vier Großmächte unterschrieben hatten und daß das unter Umständen die Einleitung einer neuen Phase der internationalen Politik bedeuten konnte, die man dann mit dem Schlagwort „Tauwetter“ umschrieben hat.

Univ.-Prof. Verosta: Ich möchte noch darauf hinweisen, daß jene Bestimmung besonders wichtig war, in der die Großmächte der Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen ausdrücklich zustimmten. Hätten wir das nicht im Vertrag gehabt, wäre die Aufnahme unter Umständen auf Schwierigkeiten gestoßen. Es handelte sich ja — und das unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages — um die Aufnahme eines dauernd neutralen Staates als vollberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen. Bekanntlich ist die Schweiz ja bis heute den Vereinten Nationen nicht beigetreten.

- (1) Anspielung auf die Situation, vor die 1939 der damalige Staatspräsident der Tschechoslowakei von Adolf Hitler gestellt wurde. Sie endete mit einer Kapitulation Emil Hachas und war der Anfang vom Ende der Unabhängigkeit der ČSR.
- (2) Von 1945 an hatte in Österreich eine Koalition der beiden großen Parteien (Österreichische Volkspartei und Sozialistische Partei Österreichs) regiert, die im Parlament über eine überwältigende Mehrheit verfügte.